



Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

Thomas Straubhaar

Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als die soziale Marktwirtschaft



Wilhelm-Röpke-Vorlesung
anlässlich der Eröffnung
der Zweigniederlassung Thüringen der
Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut
(HWWI) gGmbH



Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit dem 1. April 2005 ist er wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

Im Jahr 2004 wurde Straubhaar mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik, und in 2005 mit dem Auslandsschweizerpreis der FDP Schweiz International ausgezeichnet.

Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) ist ein gemeinnütziger, unabhängiger Think Tank mit den zentralen Aufgaben:

- die Wirtschaftswissenschaften in Forschung und Lehre zu fördern,
- eigene, qualitativ hochwertige Forschung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu betreiben,
- sowie Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und interessierte Öffentlichkeit über ökonomische Entwicklungen unabhängig und kompetent zu beraten und zu informieren.

Das HWWI betreibt interdisziplinäre Forschung in den folgenden Kompetenzbereichen: Wirtschaftliche Trends und Hamburg, Internationaler Handel und Entwicklung, Migration – Migration Research Group sowie Internationale Klimapolitik.

Gesellschafter des im Jahr 2005 gegründeten privaten Instituts sind die Universität Hamburg und die Handelskammer Hamburg.

*„Jenen großzügigen Menschen gewidmet,
die uns mit ihren Spenden tatkräftig unterstützen.“*

Thomas Straubhaar

Thomas Straubhaar

**Die Soziale Marktwirtschaft
ist mehr als
die soziale Marktwirtschaft**

Heute vor 41 Jahren, am 12. Februar 1966 starb Wilhelm Röpke. Damit endete ein reich erfülltes mehr als 66 Jahre dauerndes Leben eines Wissenschaftlers, Politikberaters und Publizisten, der die wirtschaftspolitische Diskussion im Nachkriegsdeutschland wesentlich mitgeprägt hat. Sein Ziel war es, eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu schaffen, deren Grundformel lautete: „Gestalte ein Gemeinwesen, in dem das wirtschaftliche Gleichgewicht mit den Postulaten der sozialen Gerechtigkeit und des Interessenausgleichs verknüpft ist und das „um die Bedeutung sittlicher Werte im gesellschaftlich-wirtschaftlichen Leben der Völker weiß““ (Krüsselberg 1999, S. 8).

Wilhelm Röpke war einer der wichtigsten Wegbereiter des deutschen Neoliberalismus der Nachkriegszeit. Zusammen mit Alexander Rüstow hat er zu einer Wurzel der Sozialen Marktwirtschaft beigetragen, nämlich der sozialphilosophischen Verankerung. Walter Eucken und die Freiburger Schule haben mit dem Ordo-Liberalismus eine stärker auf Markt und Wettbewerb setzende zweite Wurzel hinzugefügt. Beiden Richtungen gemeinsam ist die Abkehr von einem ungezügelter radikalen Wirtschaftsliberalismus. Beide wollen einen starken Staat, der den Einzelnen vor der ökonomischen Macht anderer schützt. Der starke Staat soll eine Ordnung für die Wirtschaft schaffen und so für einen funktionsfähigen Wettbewerb sorgen. Schließlich muss der starke Staat die für alle unveräußerlichen Grundrechte schützen. Dazu gehören das Recht auf Menschenwürde, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und die Eigentumsfreiheit. Dazu gehört aber auch ein Verzicht auf Zwang und Gewalt – kein vollständiger Verzicht, aber doch der Anspruch, „die am wenigsten auf Zwang und Gewalt beruhende (Gesellschaft) der Geschichte“ zu schaffen (Röpke, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, S. 177). Ohne starken Staat gibt es keine freien Märkte. Nur ein starker Staat kann individuelle Grund- und Freiheitsrechte verlässlich garantieren. Nur so lassen sich Eigentums- und Verhaltensrechte und damit die Funktionsfähigkeit offener und freier Märkte sichern. Das wusste und weiß niemand besser als die Neoliberalen. Gerade die Vorsilbe „Neo“ soll ja signalisieren: „Wir haben verstanden“ – der Nachwächterstaat greift zu kurz. Er führt zu einer Entwurzelung der Menschen, einer Vermachtung der Wirtschaft und einer Verletzung individueller Freiheiten.

Röpke war getrieben von der Suche nach einem Dritten Weg als Alternative zu einem Laissez-Faire-Kapitalismus und einer totalitären Zentralverwaltungswirtschaft. Diese Suche nach einem Dritten Weg war auch die Triebkraft für Alfred Müller-Armack. Sein Konzept der Sozialen Marktwirtschaft strebt danach, wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit harmonisch zu verbinden. Dritte Wege haben seit Röpke und Müller-Armack nichts von ihrem Reiz verloren. Immer wieder suchen herausragende Intellektuelle danach, die Gegensätze zwischen individueller Freiheit und hoheitlichem Zwang zu entspannen. Zu Zeiten des Kalten Kriegs suchte der ursprünglich in Prag und später in St. Gallen lehrende Tscheche Ota Sik nach einer Symbiose von Kapitalismus und Kommunismus. Freie Marktwirtschaft und zentral verwaltete Planwirtschaft sollten harmonisch zusammen finden. Die Militärs setzten dem Prager Frühling ein brutales Ende. Heute fordern andere eine faire Alternative, um der kalten Globalisierung ein menschliches Antlitz zu verleihen. Bei Anthony Giddens wird daraus „der Dritte Weg als Erneuerung der sozialen Demokratie“. „Making Globalization Work“ heisst es bei Joseph Stiglitz. Röpkes Suche nach einem praktikablen Dritten Weg ist also aktueller denn je!

Zum Lebenslauf Röpkes ist in jüngerer Vergangenheit von kompetenter Seite viel Wissenswertes geschrieben worden (vgl. Hennecke 2005). An der Stelle soll deshalb nur der Bezug Röpkes zu Thüringen interessieren. Da gäbe es eine Menge zu berichten. Beispiels-

weise, dass Röpke im März 1920 als Mitglied einer republiktreuen Volkskompagnie auf der Wartburg bei Eisenach eine Nachtwache nutzte, um „in der mond hellen Frühlingsnacht vom Dach des Bergfrieds aus weit ins Thüringer Land auszuschaun und über Größe und Elend der deutschen Geschichte nachzusinnen“ (Hennecke 2005, S. 29). Nach Thüringen kehrte Röpke im Jahre 1924 zurück, dieses Mal als frisch berufener außerordentlicher Professor an die Universität Jena. Jena gefällt Röpke und seiner Frau Eva so sehr, „dass wir noch nicht wieder ans Packen denken mögen“ (Hennecke 2005,49). So bleibt die durch die Geburt dreier Kinder beglückte Familie Röpke bis 1928 in Jena. Über Graz (1928-1929), Marburg (1929-1933) und Istanbul (1933-1937) kam dann Röpke 1937 nach Genf, wo er bis zu seinem Tode im Jahre 1966 lebte und am Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales als Professor für internationale Wirtschaftsfragen wirkte. Die kleinräumige, überschaubare Schweiz mit ihrem föderalen Aufbau, autonomen Kantonen und Gemeinden entsprach dem von Röpke gesuchten Dritten Weg einer dezentral organisierten, kleingewerblichen Gesellschaft mit starken agrarischen Wurzeln und einem einfachen, natürlichen Lebensstil. Um es auf den Punkt zu bringen: „Röpkes Ideal bestand in einem Schweizer Dorf mit ungefähr 3000 Menschen“ (Peukert 2000, S. 441).

Röpkes Lebensmotto war: „Gegen die Brandung“ (Hennecke 2005, S.3). Damit findet er eine Geistesverwandtschaft mit Max Weber, „der für die Wissenschaft die Bereitschaft gefordert hatte, ‚gegen den Strom‘ populistischer Argumentationen des Zeitgeistes anzugehen“ (Krüsselberg 1999, S.8). Wie sehr Röpke bereit war, „gegen den Strom“ zu schwimmen, zeigt sich in seinem Mut, sich gegen die über Deutschland schwappende Welle des Nationalsozialismus zu stemmen. Tief beeindruckend ist noch heute sein Aufruf „Nationalsozialisten als Feinde der Bauern“, den er wenige Tage vor der schicksalhaften Reichstagswahl vom 14. September 1930 erließ. Darin findet sich folgende Mahnung: „Niemand der am 14. September nationalsozialistisch wählt, soll später sagen können, er habe nicht gewusst, was daraus entstehen könnte. Er soll wissen, dass er Chaos statt Ordnung, Zerstörung statt Aufbau wählt. Er soll wissen, dass er für den Krieg nach innen und nach außen, für sinnlose Zerstörung stimmt ... Wählen Sie! Aber wählen Sie so, dass Sie sich nicht mitschuldig fühlen können an dem Unheil, das möglicherweise über uns hereinbricht. Mitschuldig werden Sie, wenn Sie nationalsozialistisch oder auch eine Partei wählen, die keine Bedenken hat, mit den Nationalsozialisten eine Regierung zu bilden“ (zitiert nach von Hayek et al. 1937/1979, S. XXVII und XXVIII). Der Aufruf erinnert sehr an das 5. Buch Mose (6,20) und die dort gestellte Frage: „Wenn Dich nun Dein Sohn morgen fragen wird“, wen hast Du gewählt und was hast Du getan, um Friede und Freiheit zu schützen und das Unheil abzuwehren? Er erinnert daran, dass es in einer offenen, aufgeklärten demokratischen Gesellschaft keine Ausreden des Nichtwissens gibt. Er ist Mahnmal dafür, dass wir für unser Tun aber auch für das Nichttun eigenverantwortlich sind. Er ist damit unvergänglich gültig, wie damals, so auch heute.

Stärker als bei Walter Eucken und der Freiburger Schule stand bei Wilhelm Röpke der Mensch im Zentrum. Für Röpke war der Mensch das Maß aller Dinge und „das Maß des Menschen ist sein Verhältnis zu Gott“ (von Hayek et al. 1937/1979, S. V). Darin zeigt sich, dass Röpke stärker als etwa Eucken der katholischen Soziallehre gegenüber aufgeschlossen war. Röpke war ein Humanist und Moralist, für den die Hinwendung zu einer „Civitas Humana“ (so der Titel einer seiner wichtigsten Monographien von 1944), zu einer menschengerechten Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft das große Ziel war. Das verblüfft – ganz besonders aus heutiger Sicht. Denn Wilhelm Röpke gilt gemeinhin als einer der Gründungsväter des Neoliberalismus – eine Bezeichnung, die Röpke nicht sonderlich schätzte und die er nur „mit erheblichem Unbehagen“ verwendete (von Hayek et al.

1937/1979, S. XXXI, FN. 44). Wie bewusst die moralischen und anthropologischen Wurzeln des Neoliberalismus heutzutage von seinen Gegnern negiert werden, zeigt sich am Lebenswerk Röpkes in erschütternder Weise. Wie Hans Willgerodt (2006, S. 54) in seiner Analyse überzeugend zeigt, wird die Bezeichnung „Neoliberalismus“ nicht nur missverstanden, sondern in voller Absicht von den Gegnern dieses Konzepts zur Fehldeutung missbraucht und zum Kampfbegriff gegen Forderungen nach mehr Freiheit und Eigenverantwortung umfunktioniert. Das ist deshalb erschütternd, weil gerade Röpke die Marktwirtschaft sehr kritisch sah und – im Gegensatz etwa zu Walter Eucken – für eine wirtschaftlich-soziale Strukturpolitik und eine Gesellschaftspolitik plädierte, die korrigierend und lenkend für einen Wirtschaftshumanismus sorgen sollen (vgl. hierzu ausführlich Peukert 1992 und kürzer Peukert 2000).

„Wie ein roter Faden durchzieht das Werk Röpkes die Warnung, die Grundlagen einer freiheitlichen Ordnung der Wirtschaft dürften nicht zerstört werden, nicht nur aus Effizienzgründen, sondern auch aus ethischen, moralischen und politischen Gründen“ (Hamm 1999, S. 22). Heute ist es mehr als an der Zeit, sich an diese Warnung von Wilhelm Röpke zu erinnern. Denn die westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten stoßen an ihre Finanzierungsgrenzen. Im Versuch sie zu retten, wird ständig nach neuen Quellen für zusätzliche Staatseinnahmen gesucht. Das aber wird die heutigen Sozialsysteme nicht retten, es wird sie weiter gefährden. Mit höheren Steuern und Abgaben kann man alte Systeme nicht zukunftssicher machen. Es braucht nicht mehr Geld. Es braucht neue System der sozialen Sicherung. Bei der Suche nach neuen Konzepten lohnt es sich, noch einmal an den Dritten Weg von Wilhelm Röpke und Alfred Müller-Armack zurückzudenken und sich daran zu erinnern, dass wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit keine Gegensätze sind. Sie lassen sich harmonisch verbinden. Mehr noch: Sie ergänzen sich. Sie sind das Yin und Yang des 21. Jahrhunderts.

Die Marktwirtschaft bildet die unverzichtbare Voraussetzung für die Sozialpolitik. Je besser die Marktwirtschaft funktioniert, desto größer ist der ökonomische Erfolg und desto besser kann den Schwächeren geholfen werden. Ein Dritter Weg à la Röpke und Müller-Armack muss deshalb die freien Marktkräfte spielen lassen. Er korrigiert die Verteilung des Marktergebnisses, nicht die Entstehung. Zunächst soll der Markt eine möglichst große Wertschöpfung erzeugen. Eine unverfälschte Primärverteilung der Einkommen auf der Grundlage freier Märkte erfüllt dieses Ziel. Dann soll eine nachrangige Sekundärverteilung auf der Grundlage direkter personenbezogener Eingriffe über Steuern und Transfers erfolgen. Ökonomisch schwache Mitglieder einer Gesellschaft werden finanziell unterstützt und durch Umverteilung in die Lage versetzt, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Dabei ging es sowohl Röpke wie auch Müller-Armack um eine minimale Grundsicherung, nicht um eine Sicherung des Lebensstandards oder gar um eine Vollkaskoversicherung für alle, oder eine Ergebnisgerechtigkeit, die allen den gleichen Lebensstandard verspricht.

Freie Marktwirtschaft verlangt, dass Menschen eigenverantwortlich und selbstbestimmt entscheiden und handeln. Dem freien Wettbewerb auf funktionierenden Märkten kommt die zentrale Aufgabe zu, individuelle Aktivitäten zu koordinieren. Das klingt einfach, ist aber in der Praxis schwieriger – vor allem wenn das Ergebnis sozial „ungerecht“ erscheint. Beispielsweise, wenn Menschen hart arbeiten, dafür aber nur wenig Geld verdienen. Rasch ist man dann versucht, nach Mindestlöhnen zu rufen. Was beim ersten Hinhören vernünftig klingt, hat eine Menge leicht ersichtlicher Fußangeln. Sie machen aus einem gut gemeinten Vorschlag einen gewichtigen Stolperstein. Wer freie Marktkräfte ausschaltet, verteilt das Fell des Bären, bevor der Bär erlegt ist. Besser ist es, zunächst

freie Märkte sich voll entfalten zu lassen und erst dann über die Verteilung der maximalen Erträge nachzudenken. Mindestsicherung, nicht Mindestlöhne heißt das politische Gebot der heutigen Zeit.

Um politisch eine Chance zu haben, muss eine Deregulierung des Arbeitsmarktes Hand in Hand mit einer sozialen Absicherung gehen. An der Stelle schlägt die Stunde eines bedingungslos gewährten Grundeinkommens zur Sicherung des Existenzminimums. Das Grundeinkommen ist die harmonische soziale Ergänzung zu einem effizienten freien Arbeitsmarkt. Vordergründig scheint ein an alle, ob Säugling oder Greis, ob jung oder alt, ob berufstätig oder arbeitslos, von der Wiege bis zur Bahre, vom Staat für alle in gleicher Höhe bedingungslos gewährtes Grundeinkommen eine sozialistische Utopie zu sein. Wieso alle, wieso bedingungslos?

Das Grundeinkommen weicht vom Prinzip des Forderns und Förderns und damit von den Kombilohn-Modellen ab. Es wird an alle ausbezahlt und nicht nur an jene, die auch bereit sind, etwas dafür zu tun. Es wird ohne Gegenleistung, ohne Bedingung und ohne Antrag als sozialpolitischer Universaltransfer gewährt. Es geht somit auch über den sozialen Ausgleich der Sozialen Marktwirtschaft hinaus, bei dem nur subsidiär unterstützt werden soll, wer (unverschuldet) in Not geraten ist und zu schwach ist, sich selber zu helfen. Bei flüchtiger Betrachtung scheint das Grundeinkommen wesentlich weiter als alle sozialpolitischen Alternativen zu gehen. Ein schärferer Blick auf die Wirklichkeit zeigt jedoch, dass es heute de facto das Grundeinkommen schon längstens gibt. Eine aufgeklärte christliche Gesellschaft wird niemals zulassen, dass Menschen ohne Nahrung und Kleidung obdach- und würdelos dahinvegetieren. Sie wird in jedem Fall in der einen oder anderen Weise einen Absturz ins Bodenlose verhindern und ein wie auch immer geknüpftes Auffangnetz auslegen. Dass ein Sicherheitsnetz eh besteht, ist die fundamentale Rechtfertigung für ein bedingungslos gewährtes Grundeinkommen zur Sicherung des Existenzminimums.

Das Grundeinkommen ist beides: ein zutiefst individualistisches wie auch egalitäres Konzept. Es ist egalitär, weil es alle gleich und gleichermaßen behandelt. Es ist individualistisch, weil es bedingungslos allen, unbeschrieben persönlicher Eigenschaften, unabhängig von Alter, Geschlecht, Familienstand, Beruf, Erwerb und Wohnsitz, gewährt wird. Es verzichtet auf jeglichen Paternalismus. Niemand überprüft, ob es gute oder schlechte Gründe für eine Unterstützung gibt. Niemand macht Sozialtransfers an bestimmten Verhaltensweisen, Lebens- oder Familienformen fest. Das Problem der Definition von Bedarfsgemeinschaften und der gegenseitigen Anrechenbarkeit von Einkommen oder Vermögen stellt sich nicht. Trotzdem und gerade deswegen ist das Grundeinkommen ein sehr zielgenaues sozialpolitisches Konzept. Alle, die Hilfe benötigen, werden auf jeden Fall unterstützt. Niemand bleibt ohne Hilfe, niemand bleibt unterhalb des Existenzminimums. Sicher, dadurch werden auch jene unterstützt, die der Hilfe gar nicht bedürfen. Dass auch Gutverdienende und Vermögende das bedingungslos gewährte Grundeinkommen erhalten, ist jedoch nichts anderes als eine in spezieller Form gewährte Steuergutschrift. Entscheidend ist die steuerliche Nettobelastung. Gutverdienende und Vermögende müssen eine höhere Bruttobesteuerung von Einkommen und Konsum in Kauf nehmen. Im Gegenzug erhalten sie eine Netto-Entlastung durch das auch ihnen ausbezahlte Grundeinkommen. Über die Wahl der direkten und indirekten Steuersätze ist im Endergebnis die Nettobelastung von reich und arm sehr wohl unterschiedlich.

Das Grundeinkommen trägt dem sozioökonomischen Wandel Rechnung. Die an traditionellen Familienformen und an der Erwerbsbiografie der ununterbrochenen,

lebenslangen Beschäftigung fest gemachte Sozialpolitik hat sich weit von der Realität und der Zukunft der Arbeitswelt entfernt. Eine andere Perspektive drängt sich auf. Wer keine Arbeit hat, wer nicht erwerbstätig ist, wer in Patchwork-Beziehungen lebt, alleinerziehende Elternteile und Menschen, die Beruf, Wohnsitz oder ihre Lebensabschnittsbegleiter wechseln, benötigen sozialpolitischen Schutz und Unterstützung und nicht jene, die einen Job haben. Alle werden gleich und gleichermaßen behandelt.

Wer ökonomische Effizienz und soziale Gerechtigkeit in einem Dritten Weg symbiotisch zusammenbringt, hat die Chance, den Arbeitsmarkt zu einem Markt zu machen und sozialpolitische Ziele nicht indirekt und dadurch ungenau über Eingriffe in den Arbeitsmarkt, sondern direkt durch ein steuerfinanziertes Grundeinkommen anzupeilen. Er kann mit Wettbewerb, Freiheit, Eigenverantwortung, wenig Regulierung und ohne sozialpolitische Eingriffe auf den Märkten die Wertschöpfung maximieren. Die Effizienz des Wettbewerbs und der Märkte ermöglicht es, ein bedingungslos gewährtes Grundeinkommen zur Sicherung des Existenzminimums zu finanzieren.

Hier schließt sich der Kreis zu Wilhelm Röpke. Wie würde er wohl ein bedingungsloses Grundeinkommen sehen? Ich denke, dass er das Grundprinzip akzeptieren würde. Röpkes Weltbild hat tiefe anthropologische Wurzeln. Er begreift den Menschen als soziales Wesen, das der Gemeinschaft bedarf, sich als Teil der Gemeinschaft versteht und folglich auch der Gemeinschaft gegenüber verpflichtet ist. In dieser zugegebenermaßen normativen und damit weder spannungs- noch konfliktfreien Festlegung auf die christlich-abendländische Tradition liegt meines Erachtens die Rechtfertigung, die Primärverteilung der Marktwirtschaft durch direkte personenbezogene Steuern und Transfers zu korrigieren. Denn nur das Soziale sorgt für menschliche Geborgenheit und damit für die unverzichtbare immaterielle Voraussetzung, selbstbewusst, mutig und mit entspannter Gelassenheit auf die Herausforderungen des Lebens positiv reagieren zu können. Wer sicher ist, dass ein ökonomischer Misserfolg nicht zu einem bodenlosen Fall in Not und Armut führt, wagt mehr. Und weil individueller Wagemut der Gesellschaft insgesamt zugute kommt, lohnt sich das Soziale eben auch für die Gesellschaft. Ich bin deshalb sicher, dass Röpke ein interessierter, sicher kritischer, aber dem grundsätzlichen Argument gegenüber offener Befürworter des Grundeinkommens wäre. Wieso also nicht den Dritten Weg von Röpke aktualisieren und versuchen, Marktwirtschaft und Sozialpolitik in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens zu versöhnen? Der Versuch ist es wert. Denn Röpke würde fragen: „Was war dein Beitrag, als es darum ging, die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft Deutschlands zu stellen?“

Goldschmidt, Nils: *Ein liberaler Leuchtturm* (Buchbesprechung von Hennecke, Hans Jörg: Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung. Stuttgart 2005). Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 6 vom 08.01.2007, S. 12.

Hamm, Walter: *Wozu Wilhelm Röpke raten würde – Orientierungen für die Wirtschaftspolitik*. In: ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 50 (1999), S. 20-32.

Hennecke, Hans Jörg: *Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung*. Stuttgart 2005.

Krüsselberg, Hans-Günter: *Wilhelm Röpkes Lehre von der Politischen Ökonomie*. In: ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 50 (1999), S. 3-19.

Peukert, Helge: *Wilhelm Röpke in memoriam (Zum 100. Geburtstag des streitbaren Ordoliberalen)*. In: WiSt, Heft Nr. 8, August 2000, S. 439-443.

Peukert, Helge: *Das sozialökonomische Werk Wilhelm Röpkes*. 2 Bände Frankfurt 1992.

Von Hayek, Friedrich August, Hugo Sieber, Egon Tuchtfeldt und Hans Willgerodt: *Wilhelm Röpke – Einleitende Bemerkungen zur Neuauflage seiner Werke*. In: Wilhelm Röpke: Die Lehre von der Wirtschaft 12. Auflage 1979 (1. Auflage 1937), S. V-XXXVI.

Willgerodt, Hans: *Der Neoliberalismus – Entstehung, Kampfbegriff und Meinungsstreit*. In: ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 57 (2006), S. 47-89.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Neuer Jungfernstieg 21 | 20354 Hamburg | Germany
Tel: +49 (0)40 34 05 76 0 | Fax: +49 (0)40 34 05 76 76
Website: <http://www.hwwi.org>
Kontakt: info@hwwi.org